

Dokumente zum Zeitgeschehen

Zur globalen Null-Lösung, der Rolle der Pershing Ia und Fragen der Überprüfbarkeit

Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vor der Genfer Abrüstungskonferenz am 6. August 1987

(Auszüge)

Gorbatschows Zustimmung zur weltweiten Null-Lösung

Obwohl man sie (eine kernwaffenfreie, gewaltlose Welt, d. Red.) ins Reich der Phantasie verbannen will, nimmt sie bereits vor unseren Augen Gestalt an. Noch vor zwei Wochen, bis zum Interview von Michail Gorbatschow für die indonesische Zeitung „Merdeka“, gab es noch reichlich 200 Gefechtsköpfe mehr auf dem Weg bis zu einer kernwaffenfreien Welt. Seit Reykjavik hat sich dieser Weg um nahezu 2000 Gefechtsköpfe verkürzt.

Wenn man mich fragt, warum ich darüber wie über eine vollendete Tatsache spreche, so sage ich, daß dies für die Sowjetunion wirklich eine vollendete Tatsache ist. Denn wir haben alles von uns Abhängende getan und alles beseitigt, was die Erreichung eines Abkommens auf der Grundlage einer „doppelten globalen Null-Lösung“ behindern könnte.

Wir haben die Bedingung zurückgenommen, die nuklearen Kräfte Englands und Frankreichs einzubeziehen. Wir betrachten die Frage der Mittelstreckenraketen getrennt vom Problem der strategischen und der Weltraumrüstungen, obwohl wir es vorziehen würden, sie im Komplex zu behandeln. Wir befürworteten die vollständige Beseitigung der Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen in Europa. Letzten Endes gingen wir auf die Konzeption der „globalen doppelten Null-Lösung“ ein, das heißt, der vollständigen Verbannung beider Klassen von Kernwaffen aus den Arsenalen der UdSSR und der USA. Es ist kein Geheimnis, daß die sowjetische Seite in diesem Fall eine viel größere Zahl von Raketen abbauen wird als die amerikanische. (. . .)

Auch die Pershing Ia-Sprengköpfe müssen vernichtet werden

Unsere Partner haben etwas zum Nörgeln gefunden. Das Wichtigste sind die Pershing Ia-Raketen.

Man sagt: Warum haben Sie diese Frage gestellt, und warum haben Sie sie nicht schon früher aufgeworfen?

Ich würde so sagen: Was man im Westen wußte und wann man etwas über die sowjetische Position erfuhr, das hat in diesem Falle keinerlei Bedeutung. Gerade dafür führen wir auch die Verhandlungen, um die Zusammensetzung der zu liquidierenden Rüstungen zu bestimmen.

Im Grunde genommen geht es bei uns doch darum, welche nuklearen Mittel der UdSSR und der USA mit einer Reichweite von 500 bis 1000 Kilometer konkret zu vernichten sind. Die diesbezügliche prinzipielle Vereinbarung wird lauten: Ausnahmslos alle. Das heißt, auch die Pershing Ia.

Sollte jemand auf den Einfall kommen, darum, wem sie gehören, ein Tauziehen zu veranstalten – bitte, wir sind bereit, auch diesen Kasus zu erörtern.

Wir würden es vorziehen, darüber nur am Verhandlungstisch zu sprechen, doch uns wird eine öffentliche Diskussion aufgezwungen, und sie muß geführt werden, damit das Wesen der Sache und unsere Haltung nicht entstellt werden.

Beginnen wir damit, daß wir mit den Vereinigten Staaten Verhandlungen führen, und zwar lediglich über die sowjetischen und die amerikanischen nuklearen Mittel. Es ist uns unverständlich, in welcher Weise sich die Bundesrepublik Deutschland in die sowjetisch-amerikanischen Verhand-

Dokumente zum Zeitgeschehen

lungen hineindrängt. Weshalb? Mit welchem Recht? Hat sie nicht entsprechend dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen die Verpflichtung übernommen, solche Waffen nicht zu erwerben?

Ich wiederhole: Nur mit den Vereinigten Staaten verhandeln wir über ein Abkommen, wonach, wenn es zustande kommt, sämtliche nuklearen Sprengköpfe der zwei Waffenklassen beider Staaten beseitigt werden. Wenn aber alle, dann natürlich auch jene, die auf den Pershing Ia-Raketen installiert sind. Wie sollte es auch anders sein?

Nun, wem der Raketentreibstoff, der Raketenrumpf oder zum Beispiel die Räder der Zugmaschine gehören – das interessiert uns nicht. Wir gehen nur davon aus, daß die Nullen für jede Seite von gleicher Bedeutung sein müssen. Wenn die Vereinigten Staaten die Null-Variante nicht wollen, was angesichts ihrer jetzigen Formel 72 gleich Null offensichtlich ist, werden wir anders miteinander reden.

Auch wir haben Verbündete, die besorgt sind über die Tatsache des Verbleibs operativ-taktischer Nuklearraketen im Nachbarland, die für ihre Sicherheit eine große Gefahr darstellen. Und sie könnten die Frage aufwerfen, auf ihrem Territorium analoge Waffen zu stationieren, und die Sowjetunion könnte ihnen entgegenkommen.

Wie würde jedoch im Ergebnis all dessen das sowjetisch-amerikanische Abkommen aussehen? Voller Halbheiten, des Inhalts beraubt, blutleer.

Buchstäblich in den letzten Tagen haben die Gegner einer „Null-Lösung“ noch ein weiteres Argument hervorgekramt, mit dem sie ihre haltlose Position in bezug auf die Pershing Ia-Raketen stützen möchten. Sie fingen an, davon zu reden, daß es in Europa ein Ungleichgewicht zwischen den konventionellen und den nuklearen taktischen Waffen gebe und diese Raketen deshalb beibehalten werden müßten.

Weiß man denn aber in Bonn nicht, daß die sowjetische Führung nachdrücklich dazu aufruft, unverzüglich in Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen und nuklearen taktischen Waffen sowie die Beseitigung von Disproportionen und Ungleichgewichten einzutreten – dort, wo sie vorhanden sind?

Sagen wir es offen: Diese Winkelzüge wirken belastend. Das Vertrauen in unsere Beziehungen zu den Verhandlungspartnern wird dadurch nicht gestärkt.

Die Abrüstungskonferenz ist nicht unmittelbar in die Lösung der Frage der Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen einbezogen, doch sie beschäftigt sich und muß sich mit dem Problem der nuklearen Abrüstung beschäftigen, sie ist moralischer Sachwalter des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Deshalb sind wir der Ansicht, daß die Konferenz ihre maßgebliche Meinung äußern könnte, ob die Praxis des gemeinsamen Besitzes von Kernwaffen durch kernwaffenbesitzende und nichtkernwaffenbesitzende Staaten mit dem Vertrag zu vereinbaren ist.

Dies muß getan werden, um eine Unterminierung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung zu verhindern. Kernwaffen, die niemandem gehören, kann es auf der Erde nicht geben. Es ist äußerst gefährlich, eine solche „juristische Fiktion“ zu schaffen.

Pershing Ia als „Drittstaatensystem“? Mit welchem Recht besitzt Bonn Atomwaffen?

Wenn, wie dies einige Vertreter der amerikanischen Regierung und ihre Partner in der BRD behaupten, die berühmten Pershing Ia Mittel einer dritten Seite sind, dann erhebt sich erneut die Frage, auf welche Art und Weise und mit welchem Recht diese dritte Seite, das heißt die Bundesrepublik Deutschland, Kernwaffen besitzt? Soviel uns bekannt ist, hat sie dazu weder juristische noch moralische Rechte.

Wenn sie jedoch eigenmächtig versucht, sich diese Rechte anzueignen, wenn sich die BRD wirklich illegal Kernwaffen angeschafft hat, wird dies in der ganzen Welt Zorn und Empörung hervorrufen und kann sie in eine politische Krise führen.

Wir halten es für angebracht, den Vertreter der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Forum direkt zu fragen: Befinden sich in der Bewaffnung seines Landes irgendwelche nuklearen Mittel?

Dokumente zum Zeitgeschehen

Genau so gerechtfertigt ist die Frage, die wir an den amerikanischen Delegierten adressieren: Wer verfügt in Wirklichkeit über die nuklearen Gefechtsköpfe für die Pershing Ia?

Von der Beantwortung dieser zwei Fragen hängt sehr viel ab: das Schicksal des Abkommens über Mittelstreckenraketen und operativ-taktische Raketen; die Zukunft des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

Die Sowjetunion könnte zu einer Neubewertung der allgemeinstrategischen Situation unter Berücksichtigung der Bedrohung ihrer nationalen Interessen gezwungen werden, die mit dem Auftauchen von Kernwaffen in einem Staat zusammenhängt, in dem man bis heute durch wahnwitzige revanchistische Lösungen die Stimmen realistisch denkender Politiker, Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens und ganzer Bewegungen, die für verantwortungsvolles Handeln in den europäischen und internationalen Angelegenheiten plädieren, zu ersticken sucht.

Die Sowjetunion hofft, daß die Bundesrepublik Deutschland die entstandene Situation in gebührender Weise klären und die Besorgnis aus der Welt schaffen wird, die jetzt auf Grund ihrer zweideutigen Haltung bei vielen europäischen Staaten im Zusammenhang mit den Pershing-I a-Raketen aufgekommen ist.

Wir wollen mit aller Deutlichkeit sagen: Wenn dies nicht geschieht, wird die Sowjetunion die jetzt entstandene Lage als für sich unannehmbar betrachten und sich dazu direkt und eindeutig äußern. Die sowjetischen Menschen, unser Volk werden sich nie damit abfinden, daß Westdeutschland zu einer Kernwaffenmacht wird. Man möchte daran glauben, daß das alles in der Bundesrepublik Deutschland sehr wohl verstanden wird und daß dort letztendlich die gesunden Kräfte Oberhand gewinnen, die sich für die Entspannung, für einen großen Schritt voran auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung einsetzen.

Man möchte daran glauben, daß die BRD nicht zu einem Hindernis auf dem Wege zu einem historischen Abkommen wird. Bislang trennen uns von dem Abkommen über die Mittelstrecken- und die operativ-taktischen Raketen 72 amerikanische nukleare Sprengköpfe. In der amerikanisch-westdeutschen „doppelten Buchführung“ wird versucht, den Berg der 2000 Kernwaffen umzuschichten, die schon ab Ende dieses Jahres unschädlich gemacht und verschrottet werden könnten.

Eine sowjetisch-amerikanische Übereinkunft über die vollständige Vernichtung zweier Klassen von nuklearen Rüstungen ist eine notwendige Voraussetzung für die Lösung der Hauptfrage: die Beseitigung der strategischen Offensivwaffen und die Verhinderung der Überleitung des Wettrüstens in den Weltraum. (. . .)

Verifikationsfragen

Gesondert möchte ich auf die Kontrolle, ihre prinzipiellen und praktischen Aspekte, eingehen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Es gibt eine Kontrolle, von der um der Propaganda willen geredet wird, und es gibt eine reale, ständige Kontrolle.

Es ist doch so, daß sich in der Philosophie unserer Behandlung des Problems der realen Kontrolle mit besonderer Fülle und Deutlichkeit eine Evolution unserer Anschauungen vollzogen hat, welche jetzt ihren Niederschlag in der Gesamtheit unorthodoxer politischer Anschauungen gefunden haben. Mit anderen Worten, des neuen politischen Denkens. (. . .)

Die Sowjetunion bietet ein sehr breites „Sortiment“ von sowohl nationalen als auch internationalen Formen und Methoden der Kontrolle an. Sie sind alle detailliert in dem Ihrem Forum unterbreiteten Dokument vom 9. Juni 1987 über das Verbot von Nukleartests erläutert. Übrigens wurden und werden einige von ihnen bereits in der Praxis angewandt. Es sei daran erinnert, daß sich im Gebiet unseres Kernwaffentestgeländes lange Zeit amerikanische Wissenschaftler mit entsprechenden Kontrollgeräten aufgehalten haben. Zwischen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und amerikanischen Kollegen gibt es eine neue Vereinbarung über die Installation von Kontrollgeräten und über den Austausch entsprechender Daten.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Es muß daran erinnert werden, daß unser Land vor nicht allzu langer Zeit den außergewöhnlichen Versuch unternommen hat, eine Einstellung der Kerntests zu erreichen. Wir haben unser einseitiges Moratorium für Nukleartests lange aufrechterhalten und versucht, die USA durch das gute Beispiel zu überzeugen.

Wir wenden uns an die Abrüstungskonferenz mit der Bitte, zur Erreichung einer sowjetisch-amerikanischen Vereinbarung über das Verbot von Nukleartests beizutragen. (. . .)

Die Reduzierung der Kernwaffen – in der gegenwärtigen Etappe der Mittelstreckenraketen und der operativ-taktischen Raketen – verknüpfen wir fest mit Vereinbarungen über vertrauensbildende Maßnahmen.

Sie umfassen den Austausch von Ausgangsdaten über die den Seiten zur Verfügung stehenden Raketen und die Überprüfung dieser Daten durch Inspektionen vor Ort.

Wir bestehen auf einer ununterbrochenen Beobachtung des Prozesses der Vernichtung der Raketen. Kontrolle wird auch über die Liquidierung der entsprechenden Produktionsbasis und der Infrastruktur festgelegt.

Das von uns vorgeschlagene Kontrollsystem zielt darauf ab, eine Atmosphäre der absoluten Gewißheit zu schaffen, daß das Abkommen in keiner Weise unterlaufen wird.

Schließlich halten wir den Zutritt zu Militärobjekten der UdSSR und der USA in Drittländern, wo Raketen stationiert werden können, für unabdingbar.

Wie Sie sehen, dehnen wir die Sphäre des Vertrauens maximal aus, indem wir das Territorium der Sowjetunion für Inspektionen öffnen. Doch natürlich setzt völliges Vertrauen völlige Gegenseitigkeit voraus. Ein Beispiel und eine Bestätigung dafür ist Stockholm, sind die dort gefaßten Beschlüsse. Wenn Sie wollen, ist dies ein materialisiertes Prinzip des Vertrauens, das neue politische Denken in Aktion. Wir wollen natürlich, daß es sich nicht nur auf einen Kontinent beschränkt.

Internationale Kontrolle aller Weltraumstarts

Eine besonders wichtige Rolle spielt unserer Meinung nach die Kontrolle bei der Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum.

Wir wären Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie dem Vorschlag der Schaffung eines internationalen Kontrollsystems für die Bewahrung eines friedlichen Weltraums große Aufmerksamkeit widmen würden. Wäre es nicht vernünftig, jeden Weltraumstart zu inspizieren? In der Welt gibt es bislang nicht sehr viele Startplätze, und die Anwesenheit internationaler Kontrolleure würde zuverlässig garantieren, daß die in den Weltraum beförderten Objekte keine Waffen sind und nicht mit irgendwelchen Waffenarten ausgerüstet wurden. Doch wir gehen weiter und schlagen nicht nur die Anwesenheit, sondern die ständige Anwesenheit von Inspektionsgruppen auf allen Startplätzen für Weltraumobjekte vor. Hierbei würden den Inspektoren rechtzeitig die Informationen über jeden bevorstehenden Start einschließlich Ort und Art der Trägerrakete sowie allgemeiner Angaben über Startobjekt und Startzeit übermittelt. (. . .)

Bei vollständigem Verbot der kosmischen Angriffswaffen ist die Sowjetunion bereit, die Inspektionen auf Depots, Industriebetriebe, Laboratorien, Versuchszentren und so weiter auszudehnen. (. . .)

Völliges Verbot der C-Waffen und obligatorische Inspektionen

Ich möchte einige Worte zu einem der ersehnten Ziele sagen, das sozusagen greifbar nahe ist, das die Abrüstungskonferenz fast erreicht hat.

Es geht um ein Ereignis von großer allgemeinemenschlicher Bedeutung – um das völlige Verbot der chemischen Waffen und die Liquidierung der bestehenden Arsenale. (. . .)

Ich bin ermächtigt, Ihnen mitzuteilen, daß die sowjetische Delegation bei den Verhandlungen zu dieser Frage von der juristischen Verankerung des Prinzips obligatorischer Inspektionen auf Verlangen ohne das Recht auf Verweigerung solcher Inspektionen ausgehen wird. In dieser Entscheidung kommt ebenfalls sehr überzeugend zum Ausdruck, daß wir fest zu einer realen, wirksamen Kontrolle stehen, entsprechend den Prinzipien des neuen politischen Denkens.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Zur Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und geleitet von den Interessen des schnellstmöglichen Abschlusses einer internationalen Konvention, lädt die sowjetische Seite die Teilnehmer der Verhandlungen über chemische Waffen in das sowjetische Militärojekt Schichany ein, um sich dort mit Typenmustern unserer chemischen Munition und mit der Technologie zur Vernichtung chemischer Waffen in einem mobilen Komplex bekannt zu machen. Einige Zeit später werden wir Experten in einen Spezialbetrieb zur Vernichtung chemischer Waffen einladen, der bei uns im Raum der Stadt Tschapajewsk gebaut wird.

Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt.